

**Niederschrift**  
**über die Sitzung am Donnerstag, 16.02.2017,**  
**im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)**

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:30 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitz:**

Magdalene Garvert                      Rhede

**Mitglieder:**

Bernadette Aehling	Borken	
Wilhelm Ebbing	Velen	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Friedrich Förster	Borken	Vertretung für Herrn Alexander Heming
Otger Harks	Stadtlohn	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	Vertretung für Herrn Markus Schulte
Heinrich Lübbering	Vreden	
Johannes Maus	Velen	
Bastian Nitsche	Borken	
Maja Saatkamp	Borken	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Birgit Wirtz	Gronau	
Alfons Wissing	Schöppingen	

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Hubert Grothues  
Edith Gülker  
Richard Riedel  
Cordula Thume  
Kordula Blickmann  
Friedel Wielers  
Stefan Kranz  
Tina Olthoff  
Peter Nattefort

**Gast:**

Peter Kleyboldt                      Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

**Es fehlen entschuldigt:**

Alexander Heming                      Bocholt  
Markus Schulte                      Gronau

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Besonders begrüßt Frau Garvert Herrn Peter Kleyboldt von der Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Verabschiedung der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2017 bis 2021 des Kreises Borken  
Vorlage: 0005/2017/KREIS**

---

Frau Garvert erinnert an die in der Umweltausschuss-Sitzung vom 08.09.2016 erfolgte Beratung des Entwurfs der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes. Der Kreistag habe dann dem Konzept am 22.09.2016 zugestimmt, anschließend seien die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Bezirksregierung Münster als Aufsichtsbehörde in der Sache beteiligt worden.

Herr Kleyboldt fährt fort, der Entwurf des fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzeptes sei von den Kommunen durchweg positiv reflektiert worden, wie sich aus der Zusammenfassung der Rückläufe in der Sitzungsvorlage ablesen lasse.

Herr Stilkensäumer dankt für die übersichtliche Sachdarstellung in der Vorlage. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Saatkamp erkundigt sich zur der für Hersteller und Betreiber bestehenden Rücknahmepflicht für Elektroaltgeräte. Herr Kleyboldt erwidert, die Gewerbetreibenden setzten sich zunehmend mit dieser Forderung auseinander. An den Wertstoffhöfen würden vermehrt auch von dieser Seite Altgeräte erfasst.

Herr Harks sichert im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich die Unterstützung für das vorgelegte Abfallwirtschaftskonzept zu.

Herr Kleyboldt beantwortet eine Frage von Herrn Ebbing zu Gewerbeabfällen. Diese unterlägen nicht der kommunalen Andienungspflicht, sondern würden lediglich subsidiär erfasst, soweit keine Zuführung zu privaten Entsorgungsunternehmen erfolge. Für die kommunale Entsorgung werde kein mengenmäßiger Anstieg erwartet.

Frau Garvert ruft die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Beschlussvorschläge der Verwaltung zu den Anregungen und Bedenken einzeln auf. Da hierzu keine Wortmeldungen bestehen, bittet sie um Abstimmung.

**Beschluss: einstimmig**

Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2017 bis 2021 wird in der Fassung vom 06.01.2017 unter Berücksichtigung der von den Städten und Gemeinden und der Bezirksregierung Münster vorgebrachten Hinweise und Änderungswünsche als Satzung beschlossen.

- Punkt 2:       Landschaftsplanung im Kreis Borken –  
Landschaftsplan "Bocholt/ Rhede"**
- a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise**
  - b) Satzungsbeschluss**
- Vorlage: 0319/2016**
- 

Nach einführenden Worten Frau Garverts gibt Frau Gülker allgemeine Erläuterungen zu den beiden heute zu beratenden Landschaftsplänen. Sie geht dabei auch auf die in den Sitzungsvorlagen aufgeführten Sachdarstellungen ein. Frau Gülker führt weiter aus, beide Landschaftspläne seien in dem seit Jahren erprobten Verfahren mit frühzeitigen Beteiligungsmöglichkeiten auf den Weg gebracht worden, gestützt durch umfassende Information und Beratung in den Kommunalparlamenten. Eine planbegleitende Arbeitsgruppe mit Fachleuten unterschiedlicher Blickrichtung sei jeweils zu zwei Arbeitstreffen und einer Bereisung des Plangebietes zusammen getroffen. Die Planentwürfe seien bei einer Bürgerversammlung in den jeweiligen Städten vorgestellt worden. In eigens eingerichteten Bürgerbüros standen Ansprechpartner der Unteren Naturschutzbehörde für eine persönliche Beratung vor Ort zur Verfügung. Darüber hinaus bestehe generell die Möglichkeit, sich im Kreishaus zu den jeweiligen Planungen zu informieren.

Frau Tanjsek lobt die Verwaltung für die betriebene Planung. Im Verfahrenslauf sei schon frühzeitig auf die Einbeziehung aller Aspekte geachtet worden, was ihr auch bei der Mitarbeit in der planbegleitenden Arbeitsgruppe deutlich geworden sei.

Der Vorschlag Frau Garverts, über die eingereichten Stellungnahmen in bewährter Form zu beraten, findet allgemeine Zustimmung. Daher ruft Frau Garvert die zusammengefassten Stellungnahmen (Anlagen 1 und 2 zur Sitzungsvorlage) nacheinander auf und bittet um Wortmeldungen.

Auch Frau Saatkamp begrüßt die vorgelegte Planung und insbesondere die Bestrebungen zur ökologischen Verbesserung der Fließgewässer. Sie hätte sich jedoch gewünscht, das Naturschutzgebiet „Burlo-Vardingholter Venn“ nach Westen zu erweitern, um eine Pufferzone für dieses Gebiet zu schaffen. Herr Kranz entgegnet, die Umsetzung der Pufferfunktion für das genannte Schutzgebiet erfolge als Maßnahme der Angebotsplanung für den Landschaftsraum Vardingholter Venn (Ziffer 5.1.19). Ein derartiges Hinlenken zur Minimierung von Nährstoffeinträgen ohne konkrete Bewirtschaftungseinschränkungen steigere die Akzeptanz und sei auf Dauer gesehen effektiver.

Auf Frage von Frau Saatkamp erläutert Herr Kranz, das Naturschutzgebiet „Burlo-Vardingholter Venn“ genieße zusätzlichen Schutz als FFH-Gebiet. Für dieses Schutzregime erfolge ein regelmäßiges Monitoring bezüglich schädlicher Nährstoffeinträge.

Herr Stilkensäumer sieht insgesamt eine in die Zukunft gerichtete Planung und unterstützt diese im Namen der CDU-Fraktion.

Herr Harks schließt sich seinem Vorredner an. Er betont, dass innerhalb des Kreisgebietes gleiche Bedingungen herrschen müssten.

**Beschluss:** zu a) einstimmig bei 1 Enthaltung  
Zu b) 16 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Bocholt/ Rhede" wird als Satzung beschlossen.

- Punkt 3:       Landschaftsplanung im Kreis Borken –  
Landschaftsplan "Gronau/ Ahaus-Nord"**
- a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern  
öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anre-  
gungen, Bedenken und Hinweise**
  - b) Satzungsbeschluss**
- Vorlage: 0320/2016**
- 

Vor Eintritt in die Beratung und Beschlussfassung zum Landschaftsplan „Gronau/Ahaus-Nord“ erklärt sich Herr Himmel in der Angelegenheit für befangen und nimmt für den Tagesordnungspunkt im Zuschauerbereich Platz.

Herr Ebbing spricht sich dafür aus, den Satzungsbeschluss des Landschaftsplanes zu verschieben, um erneut den Dialog mit den Einwendern zu suchen.

Herr Stilkenbäumer betont, die vorgelegte Planung sei ebenso gefasst wie die anderen vom Kreistag beschlossenen Landschaftspläne. Die verhältnismäßig große Anzahl der Einwendungen solle die Politik nicht daran hindern wie gewohnt zu beraten und zu beschließen. Im Namen der CDU-Fraktion spricht er sich dafür aus, den in der Sitzungsvorlage genannten Beschluss zu a) zu fassen und Punkt b) ohne Beschlussempfehlung weiterzugeben. Den Bürgerinnen und Bürgern biete sich so nochmals die Gelegenheit, sich vor dem endgültigen Satzungsbeschluss durch den Kreistag über die Planung zu informieren.

Herr Harks unterstreicht das Erfordernis klarer Rahmenbedingungen. Die Vielzahl der eingegangenen Äußerungen sei vor allem auf die in der Sitzungsvorlage genannten speziellen Merkmale und Anforderung des Planungsraumes zurückzuführen. Der Ausschuss für Umwelt solle nach fachlicher Beratung und Abwägung einen Beschluss zu den vorgetragenen Einwendungen fassen. Zum Satzungsbeschluss brauche der Ausschuss, wie von Herrn Stilkenbäumer angeregt, keine Empfehlung für den Kreistag aussprechen.

Frau Saatkamp hebt hervor, es seien auch Stellungnahmen eingegangen, die auf eine Stärkung des Naturschutzes zielten. Die Verwaltung habe umfangreiche Abwägungen angestellt und nachvollziehbare Beschlussvorschläge erarbeitet. Die Fraktion B90/DIE GRÜNEN sehe daher die vorgelegte Planung grundsätzlich positiv, obwohl den von ihr vorgetragenen Anregungen teilweise nicht gefolgt werden solle.

Frau Garvert erinnert, die Stadt Gronau sei bereits 2010 mit dem Auftrag an den Kreis herangetreten, einen Landschaftsplan für den dortigen Raum aufzustellen. Dies sei förmlich im städtischen Rat beschlossen worden. Auch für den Ahauser Teil dieses Landschaftsplanes sei seinerzeit vom Ahauser Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr ein positives Signal empfangen worden. Dem folgend habe der Kreistag 2011 den Aufstellungsbeschluss für den Landschaftsplan „Gronau/Ahaus-Nord“ gefasst.

Frau Garvert unterstützt den Vorschlag Herrn Stilkenbäumers, heute die fachliche Abwägung vorzunehmen und zu beschließen, jedoch bezüglich des Satzungsbeschlusses keine Beschlussempfehlung auszusprechen. Die Anwesenden äußern allgemeine Zustimmung.

Sodann ruft Frau Garvert die in den Anlagen 1 und 2 der Sitzungsvorlage aufgeführten Stellungnahmen seitenweise auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Harks regt zu Anlage 2, Randnummer P2 an, für das Naturschutzgebiet „Goorbach und Hornebecke“ für die Bereiche südlich der Ochtruper Straße eine Vereinbarung mit dem Angelverein zu schließen, die jedoch den Schutz der Vogelbrutzeit sicherstellen müsse. Nach kurzer Diskussion unter den Ausschussmitgliedern wird hierzu folgender einstimmiger Beschluss gefasst: **Beim Beschlussvorschlag zu Anlage 2, Randnummer P2 wird unter 3. folgender Satz ergänzt: „Mit dem Angelverein kann eine vertragliche Vereinbarung zu einer naturverträglichen Angelnutzung im Naturschutzgebiet für einzelne Abschnitte südlich der Ochtruper Straße getroffen werden.“**

Herr Stilkenbäumer begrüßt, dass die Verwaltung die einzelnen Einwendungen nicht zu Gruppen zusammengefasst und mit gemeinsamen allgemeinen Beschlussvorschlägen erwidert habe. Er dankt allen Beteiligten für die viele Mühe und geleistete Arbeit. Der Planungsprozess erweise sich als äußerst demokratisches Verfahren.

Herr Harks schließt sich dem Beitrag Herrn Stilkenbäumers an. Die Mitwirkung in der planbegleitenden Arbeitsgruppe habe ihm die gründliche Berücksichtigung der konkurrierenden Belange verdeutlicht.

Bevor Frau Garvert um Abstimmung bittet, weist Herr Grothues darauf hin, dass sich an den Satzungsbeschluss durch den Kreistag das Anzeigeverfahren bei der höheren Naturschutzbehörde anschließen. Erst danach – etwa 3 Monate nach Satzungsbeschluss – trete der Landschaftsplan in Kraft. Anschließend werde die Verwaltung alle Einwander persönlich über die Beschlussfassung zum jeweiligen Einwand schriftlich informieren.

**Beschluss:** zu a) 15 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

Zu b) einstimmig

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragenen Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen. **Beim Beschlussvorschlag zu Anlage 2, Randnummer P2 wird unter 3. folgender Satz ergänzt: „Mit dem Angelverein kann eine vertragliche Vereinbarung zu einer naturverträglichen Angelnutzung im Naturschutzgebiet für einzelne Abschnitte südlich der Ochtruper Straße getroffen werden.“**
- b) **Zum Satzungsbeschluss des Landschaftsplanes “Gronau/ Ahaus-Nord” wird keine Beschlussempfehlung für den Kreistag ausgesprochen.**

**Punkt 4: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2017 für die Budgets 06 - Natur und Umwelt bzw. 08 - Bauen, Wohnen und Immissionsschutz  
Vorlage: 0004/2017/KREIS**

---

Auf Frage von Herrn Ebbing erläutert Frau Gülker die Tischvorlage (Anlage 1 zur Niederschrift). Hier seien als zusätzliche Information die geplanten Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie detailliert für die einzelnen Gewässer ausgewiesen.

Frau Saatkamp stellt auf Bitte von Frau Garvert den Antrag **06-01** „Stellenanteil Entwicklung, Sicherung und Schutz von Natur und Landschaft“ der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vor.

Herr Grothues legt dar, zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre die beantragte Erhöhung des Stellenanteils schlecht umzusetzen, da aktuell personelle Veränderungen im Fachbereich Natur und Umwelt einträten (sh. auch Punkt 9.1). Hinzu komme, dass vor einer Änderung des Stellenplans organisatorische Überlegungen anzustellen seien. Der Antrag solle eher in der im Frühsommer 2017 beginnenden Haushaltsplanung 2018 aufgegriffen werden.

Frau Seidensticker-Beining äußert den Eindruck, dass innerhalb des Fachbereichs Natur und Umwelt ein erheblicher Arbeitsdruck bestehe. Die SPD-Fraktion würde daher eine Stellenaufstockung begrüßen und folglich den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN unterstützen.

Herr Stilkenbäumer plädiert dafür, zunächst die organisatorische Entwicklung abzuwarten und die angesprochene Erhöhung des Stellenanteils im Rahmen der Beratung des Haushalts 2018 zu prüfen.

Unter Berücksichtigung der Diskussion formuliert Frau Saatkamp einen geänderten Beschlussvorschlag, über den Frau Garvert abstimmen lässt:

**Beschluss zum Antrag 06-01: geändert beschlossen**

16 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zur Umsetzung der Landschaftspläne, Durchführung von Maßnahmenkonzepten, Maßnahmen des Biotop- und Artenschutzes zum Haushalt 2018 zu prüfen.**

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, bittet Frau Garvert um abschließende Abstimmung über den Haushaltsentwurf 2017.

**Beschluss:** einstimmig

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2017 – bezogen auf die Fachbereiche Natur und Umwelt sowie Bauen, Wohnen und Immissionsschutz - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2017 – Budgets 06 "Natur und Umwelt" und 08 „Bauen, Wohnen und Immissionsschutz“ zu verabschieden.

**Punkt 5: Antrag auf Sachstandsbericht über Maßnahmenumsetzung im Rahmen des Positionspapiers "Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken-Biodiversität"**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 29.01.2017**  
**Vorlage: 0031/2017/KREIS**

---

Frau Garvert weist auf die mit der Einladung zur Sitzung versandte Stellungnahme der Verwaltung hin.

Frau Saatkamp dankt für die eingehende Beantwortung ihrer Fragen.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Kranz, die Informationsveranstaltung zum Geoexplorer im Rahmen des Forums Artenvielfalt im September 2016 sei von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gut besucht gewesen. Er erläutert, die Kommunen entschieden selbst, ob und wie sie diese Aufgabe wahrnehmen möchten. Unterschiedliche Nachfragen signalisierten jedoch, dass hier ein Prozess in Bewegung gerate. So sei beispielsweise in Südlohn ein stützender Ratsbeschluss gefasst worden.

Herr Elpers betont, auch von Seiten der Landwirtschaft beteilige man sich aktiv an den Bemühungen zur Förderung der Biodiversität.

Der Sachstandsbericht über Maßnahmenumsetzung im Rahmen des Positionspapiers „Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken-Biodiversität“ wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 6: Gewässerverunreinigungen im Kreis Borken  
Sachstandsbericht**

---

Frau Blickmann berichtet mithilfe einer Präsentation. Die von ihr gezeigten Folien liegen der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Frau Blickmann hebt hervor, dass sich der allgemeine Zustand der Gewässer im Kreis Borken in den vergangenen zwölf Monaten deutlich verbessert habe. Die Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt am 28.01.2016 habe die Verwaltung bei der Bewältigung der Maßnahmen unterstützt, nicht zuletzt durch die Bereitstellung zusätzlichen Personals.

Frau Garvert dankt Frau Blickmann für den umfassenden Bericht.

Frau Gülker weist ergänzend darauf hin, dass vom Fachbereich Natur und Umwelt auch Gewässerverunreinigungen durch gewerbliche Betriebe sowie Verstöße gegen andere Rechtsbereiche des Umweltrechts verfolgt und geahndet würden.

Auf Frage von Frau Saatkamp verdeutlicht Frau Blickmann, die Überwachung der Einhaltung der Düngeverordnung werde durch die Landwirtschaftskammer wahrgenommen. Da auch diese Tätigkeit auf die Reinhaltung der Gewässer abziele, sei der Austausch mit der Kammer sinnvoll und notwendig.

Herr Harks spricht allen Beteiligten Dank für die intensive und gut strukturierte Arbeit aus.

---

**Punkt 7: Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG)  
Überblick über wesentliche Änderungen gegenüber der bisherigen  
Rechtslage**

---

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit spricht sich Frau Garvert dafür aus, die Berichterstattung zum Landesnaturschutzgesetz auf eine der folgenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt zu vertagen. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

---

**Punkt 8: Mitteilungen der Vorsitzenden**

---

keine

---

**Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

---

**Punkt 9.1: Neubesetzung von Stellen im Fachbereich Natur und Umwelt**

---

Herr Grothues teilt mit, Frau Kordula Blickmann werde ab Juni 2017 die Fachbereichsleitung Natur und Umwelt von Herrn Schulte übernehmen. Bereits seit Anfang Februar besetze Herr Friedel Wielers die Abteilungsleiterstelle 66.3 „Planung, Natur-/Artenschutz, Hochwasserschutz und Wasserbau“. Die interne Besetzung beider Positionen biete den Vorteil eines reibungsarmen Übergangs, so Herr Grothues weiter. Sodann stellen sich Frau Blickmann und Herr Wielers den Ausschussmitgliedern kurz vor.

---

**Punkt 9.2: Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Naturschutzwacht**

---

Frau Gülker erinnert, Frau Seidensticker-Beining habe sich bei der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Umwelt dafür ausgesprochen, die Kreisverwaltung durch Übertragung von Tätigkeiten auf die Naturschutzwacht zu entlasten. Beim jüngsten Treffen im Dezember 2016 sei dies, wie von der Verwaltung zugesagt, angesprochen worden. Die Naturschutzbeauftragten – so sind die Landschaftswarte seit dem Inkrafttreten des LNatSchG benannt –

hätten sich jedoch gegen die Übernahme zusätzlicher Aufgaben ausgesprochen. Da auch notwendige Maßnahmen der Verkehrssicherung in Naturschutzgebieten zu erkennen und anzuordnen seien, befürchte man den Eintritt möglicher Haftungssituationen. Frau Gülker betont, dass die Naturschutzbeauftragten mit Ihrer Arbeit einen wertvollen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz leisten, der ehrenamtlichen Arbeit seien hier allerdings Grenzen gesetzt.

---

**Punkt 9.3: Sachstand Erdgasfernleitung ZEELINK**

---

Frau Thume berichtet zum laufenden Raumordnungsverfahren für die in Planung befindliche Erdgasfernleitung ZEELINK. Am 17.01.2017 habe die Firma Open Grid Europe GmbH den Kreis und die Gemeinden im Kreishaus über den aktuellen Verfahrensstand unterrichtet. Als zusätzliche Informations- und Beteiligungsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger biete der Vorhabenträger im Februar und März in 16 Städten und Gemeinden im gesamten Projektgebiet sogenannte Dialogmärkte an. Das Unternehmen informiere dort u.a. zu Hintergründen, dem Ablauf und Zeitplänen des Projekts. Im Kreisgebiet hätte es Veranstaltungen in Legden und Heiden gegeben, ein weiterer Dialogmarkt finde am heutigen Abend in Gescher statt. Ab Herbst 2017 werden die Kommunalverwaltungen von der Bezirksregierung zur Stellungnahme im Verfahren aufgefordert.

---

**Punkt 9.4: Terminüberschneidung der Umweltausschuss-Sitzung am 29.06.2017 mit dem Partnerschaftstreffen im Landkreis Breslau**

---

Frau Gülker teilt mit, das Partnerschaftstreffen im Landkreis Breslau sei für die Zeit vom 26. bis 29.06.2017 geplant. Dies kollidiere mit dem Termin der Umweltausschuss-Sitzung am 29.06.2017. Es sei dennoch wünschenswert, an dem Sitzungstermin festzuhalten. Andernfalls müsse möglicherweise ein Ausweichtermin innerhalb der Sommerferien gewählt werden. Die Ausschussmitglieder schließen sich der Auffassung von Frau Gülker an. Soweit sie an der Breslau-Fahrt teilnehmen, könnte ihre Stellvertretung den Sitzungstermin wahrnehmen.

---

**Punkt 9.5: Antrag auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis für Kohlenwasserstoffe für das Feld "Nordrhein-Westfalen Nord"**

---

Frau Thume informiert, die Bezirksregierung Arnsberg habe im Dezember mitgeteilt, dass die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen für gewerbliche Zwecke für das Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ der Firma Mobil-Erdgas-Erdöl GmbH aus Hamburg (vertreten durch ExxonMobil Production Deutschland GmbH) zum Teil aufgehoben worden sei. Das Feld sei im Norden räumlich um rund die Hälfte reduziert worden. Der Kreis Borken sei aber weiterhin Teil dieses Feldes. Zur Verdeutlichung der Lage des verkleinerten Feldes wird ein Kartenausschnitt gezeigt (siehe Anlage 3 zur Niederschrift).

Mitte Januar, so Frau Thume weiter, habe die Bezirksregierung Arnsberg nun mit Frist bis zum 01.03.2017 unter anderem den Kreis Borken um Stellungnahme zu einem Antrag auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis in diesem verkleinerten Feld gebeten. Zu der ursprünglichen Aufsuchungserlaubnis habe sich der Kreis 2014 äußerst kritisch geäußert. Für die Stellungnahme zur aktuellen Erlaubnisverlängerung seien die neuen verschärften bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen (Verbot der umstrittenen Gasfördermethode Fracking) zu berücksichtigen. Herr Grothues kündigt an, auch hier die ablehnende Sicht des Kreises deutlich zu betonen. Auf Bitte von Herrn Harks sagt er zu, die Stellungnahme den Ausschussmitgliedern per E-Mail bereitzustellen.

---

**Punkt 9.6: Sachstand Landesentwicklungsplan NRW**

---

Frau Thume weist darauf hin, dass am 08.02.2017 der Landesentwicklungsplan in Kraft getreten sei. Die dort festgelegten Ziele seien in weiteren Planungen, zum Beispiel in der



Regionalplanung, zu beachten. Die kommunalen Befürchtungen bezüglich der stark eingeschränkten Flexibilität für die Siedlungsraumentwicklung im Kreisgebiet seien der Staatskanzlei im Vorfeld in einem mehrseitigen Positionspapier dargelegt worden. Dieses Papier sei gemeinsam vom Kreis und allen 17 kreisangehörigen Kommunen erarbeitet worden. Die kommunalen Vorschläge hätten allerdings bei der Erstellung des neuen Landesentwicklungsplanes keinen hinreichenden Niederschlag gefunden. Die Antwort der Staatskanzlei auf das erarbeitete Positionspapier sei stark komprimiert ausgefallen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten scheine nicht erfolgt zu sein. Der verabschiedete Landesentwicklungsplan gebe nun für eine bedarfsgerechte, dynamische Entwicklung im ländlichen Raum erhebliche Hürden auf.

---

**Punkt 9.7: Hochwasserschutzkonzept Berkel in Stadtlohn**

---

Frau Thume informiert zum Hochwasserschutzkonzept für die Berkel in Stadtlohn. Im Jahr 2010 sei man in die Planung eingetreten, der diesbezügliche Scoping-Termin habe 2012 stattgefunden. Nach Überarbeitung der Planunterlagen seien die Bürgerinnen und Bürger sowie die Träger öffentlicher Belange im Jahr 2015 beteiligt worden. Am 15.02.2017 erfolgte der Erörterungstermin für die eingegangenen Anregungen, Bedenken und Hinweise. Nun sei baldmöglichst unter Abwägung aller Belange ein rechtssicherer Planfeststellungsbeschluss zu fassen.

---

**Punkt 10: Anfragen**

---

---

**Punkt 10.1: Belastung von Trink- und Oberflächenwasser durch Medikamentenrückstände**

---

Frau Seidensticker-Beining weist auf einen Fernsehbericht hin, in dem Verunreinigungen von Trinkwasser durch Medikamentenrückstände dokumentiert wurden. Sie fragt an, ob im Kreis Borken entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Fraglich sei auch die Belastung von Oberflächengewässern infolge von Ausscheidungen der in der Landwirtschaft mit Medikamenten behandelten Tiere. Herr Grothues erklärt, die Reinhaltung des Trinkwassers sei eine Aufgabe des Fachbereichs Gesundheit und falle damit in den Bereich des Ausschusses für Soziales und Gesundheit. In einer der kommenden Sitzungen werde die Verwaltung jedoch auch den Ausschuss für Umwelt zur Thematik informieren. Soweit für Oberflächengewässer relevante Belastungen zu befürchten seien, würde hierzu ebenfalls berichtet.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

---

gez.

Magdalene Garvert  
Vorsitzende

---

gez.

Peter Nattefort  
Schriftführer